

# 1949

## Frauen Politik BRD

**1949** wird die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Grundgesetz §3 verankert. Doch in den Jahren des Wiederaufbaus hat das wenig Konsequenzen.

**1954** fällt das Beschäftigungsverbot verheirateter Frauen im öffentlichen Dienst, **1958** das *Lehrerinnenzölibat*.

**1958** tritt das Gleichberechtigungsgesetz (BGBl.I.S.609) in Kraft und das Ehengattensplitting wird eingeführt.

**1959** erklärt das BVG den Gehorsamsparagrafen im Eherecht für nichtig.

**1961** wird Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) die erste Ministerin der Bundesrepublik.

Ab etwa **1969** stellt die neue Frauenbewegung patriarchale Strukturen grundsätzlich in Frage. Autonome Frauengruppen setzen auf Selbstbestimmung und Gesellschaftsanalyse. Es geht um Kritik an Gewalt und Herrschaft; Diskussionen um Missbrauch und Abtreibung verändern die Gesellschaft ebenso wie der selbstbestimmte Umgang mit der Schwangerschaftsverhütung.

**1971** sorgt der öffentliche Appell *Ich habe abgetrieben* zuerst in Frankreich, dann in der Bundesrepublik Deutschland, für gewaltigen Zündstoff.

Es ist an der Zeit, Frauenpolitik zu institutionalisieren!

**1972** wird Annemarie Renger (SPD) die erste Frau Bundestagspräsidentin.

**1973** setzt der Deutsche Bundestag mit den Stimmen aller Fraktionen die Enquete-Kommission *Frau und Gesellschaft* ein. Aktiv dafür war auch die CDU-Frauenvereinigung.

**1975** formuliert die CDU die Partnerschaft von Mann und Frau als *neuen sozialen Wert*.

**1975** rufen die Vereinten Nationen das Internationale Jahr der Frau aus und in Mexiko Stadt findet die erste UN - Weltfrauenkonferenz statt.

**1975** öffnet die Bundeswehr die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes für Frauen.

**1978** wird Eva Rühmkorf in Hamburg die erste Gleichstellungsbeauftragte in der BRD.

**1979** verabschiedet die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

**1980** wird das Recht der elterlichen Sorge neu geregelt, das Vorrecht des Vaters entfällt. Im Arbeitsrecht wird die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz festgelegt und das Gebot von geschlechtsneutralen Stellenausschreibungen erlassen.

Die Enquete-Kommission fordert ein Netzwerk von Stellen für Frauenfragen auf allen politischen Ebenen. Das Thema ist in Diskussion.

**1982** stellt Köln eine Frauenbeauftragte ein.

**1983** zieht die Partei Die Grünen in den Bundestag ein.

**1984** besteht zum ersten Mal ein Fraktionsvorstand im Bundestag nur aus Frauen: Das grüne Feminat.

**1982 - 1985** folgt das Erste Aktionsprogramm der Europäischen Kommission zur Chancengleichheit. Die Gleichbehandlung soll in alle Politikbereiche Eingang finden.

**1985** findet die Dritte UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi statt: Gender Mainstreaming wird als politische Strategie vorgestellt, aber erst **1995** bei der Vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing wirksam weiter verfolgt.

**1985** ist Freiburg die erste Stadt in Baden-Württemberg mit einer Frauenbeauftragten.

**1985** wird Rita Süßmuth Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit.

**1986** Frauenstatut und Frauenquote bei den Grünen. Ziel ist gleiche Teilhabe von Männern und Frauen.

**1986** wird das Ressort von Bundesministerin Süßmuth um die Zuständigkeit für Frauen erweitert. Es heißt nun Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

**1986** gibt es eine Frauenbeauftragte in Karlsruhe und Bernd Doll wird Oberbürgermeister in Bruchsal.

## Was wünscht der Kreis ?

Im Juli **1986** veranstaltet die Frauenvereinigung der CDU - Karlsruhe - Land im Pfarrzentrum St. Paul in Bruchsal eine Anhörung der Frauenverbände und -organisationen zur Frage der Einrichtung von Gleichstellungsstellen im Landkreis Karlsruhe. Der Einladung folgen VertreterInnen von 14 Verbänden. Dore Dinkelmann, Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU Karlsruhe - Land, sieht in der Gleichstellung von Mann und Frau kein politisches, sondern ein gesellschaftliches Problem, das von allen gemeinsam anzupacken ist. Sie fordert dazu auf, das Thema parteiübergreifend anzugehen.

### Eindeutig Pro !

Alle anwesenden Verbände und Parteien sprechen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten für Frauenvertreterinnen aus: der Katholische Deutsche Frauenbund, der Verband evangelischer Erzieher und Sozialpädagogen e.V., der Caritasverband, die F.D.P., die Katholische Frauengemeinschaft Bruchsal, die Grünen, die Frauengruppe der katholischen Arbeiterbewegung, die Interessensgruppe der mit Ausländern verheirateten Frauen und der Kreisseniorinnenrat.

CDU-Frauenvereinigung Karlsruhe-Land organisierte Anhörung: **Verbände fordern eine Frauenbeauftragte**  
Frauen im Landkreis sagen überparteilichen Kampf für Gleichstellung an

BNN, 4.7.86

## Gleich oder anders?

Die Diskussion zeigt verschiedene feministische Ansätze. Partnerschaft zwischen Mann und Frau - ja, Vermännlichung der Frauen - nein. Entwicklung einer eigenen weiblichen Kultur, über Parteigrenzen hinweg. Für Begriff Frauenbeauftragte: Gleichstellung ist falsch, denn Frauen und Männer sind zwar gleich viel wert, aber nicht gleich. Diesen Aussagen stehen andere gegenüber, die die Gleichheit anerkannt wissen wollen, den Weg zur Gleichstellung aber als Prozess ansehen, bei dem es auch auf das Verhalten der Männer ankommt. Die Differenzen herrschen bis heute.

## Auch im Rat

Im Dezember **1986** fordert Stadträtin Helga Langrock in der Haushaltsrede für die SPD-Fraktion die Stadtverwaltung auf, in den Reihen ihrer Mitarbeiterinnen eine Ansprechpartnerin für Bürgerinnen zu finden. Dieser Wunsch war bereits einmal geäußert, aber abschlägig beschieden worden!

# 1986

## Konflikte und Ziele

Spätere Konfliktlinien zeigen sich bereits hier. Die grüne Vertreterin fordert Einspruchs- und Presserecht für die Frauenbeauftragten, der Personalchef des Landratsamts spricht dagegen: Ein Einspruchsrecht steht nur gewählten Vertretern und Vertreterinnen zu. Weitere Ziele der Beauftragten sollen Bildung, Beratung und Stärkung des Selbstvertrauens sein. Schließlich stellt sich auch die Frage, warum Frauen nicht nur Frauen wählen?

## Fazit

Bis zum Jahresende haben alle relevanten Gruppen und Parteien in der Umgebung des neuen Oberbürgermeisters Bernd Doll, seit 1.1.86 im Amt, eine Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte gefordert.